

Antrag an die Neuköllner Mitgliederversammlung 12. April 2021

Antragssteller: Michael Koschitzki, BO Reuterkiez

Die Neuköllner Mitgliederversammlung beantragt beim Landesparteitag Berlin folgenden Änderungsantrag zum Landeswahlprogramm 2021.

Ersetze Zeile 331 bis 335:

Große Immobilieninvestor:innen und Wohnungskonzerne bauen in der Regel wenig oder am Bedarf vorbei, erhöhen die Miete, verdrängen Mieter:innen und spekulieren mit Wohnraum. Ihre Marktmacht muss eingeschränkt werden. Deshalb findet das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ unsere volle Unterstützung. Nach einem erfolgreichen Volksbegehren werden wir uns für eine zügige Umsetzung des Volksbegehrens einsetzen und ein entsprechendes Gesetz verabschieden.

Durch:

Große Immobilieninvestor:innen und Wohnungskonzerne bauen in der Regel wenig oder am Bedarf vorbei, erhöhen die Miete, verdrängen Mieter:innen und spekulieren mit Wohnraum. Sie gehören enteignet. Deshalb kämpft DIE LINKE Berlin für die Enteignung der großen Immobilienkonzerne und ihre Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung. Wir unterstützen dafür das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, setzen uns für den Gesetzentwurf der Initiative ein und bauen auch nach der Wahl weiter Druck auf. Wir werden uns an keiner Regierung beteiligen, die nicht die Enteignung der Immobilienkonzerne entsprechend der Vorschläge des Bündnisses umsetzt.

Begründung: Im jetzigen Programmentwurf wird sich bisher nicht für die Enteignung der Immobilienkonzerne ausgesprochen. Das sollte klar als eigenes Ziel benannt werden. DIE LINKE sollte außerdem die Stimme der breit aufgestellten Initiative sein und sich für ihren von unten ausgearbeiteten Gesetzesentwurf einsetzen. Sie sollte auch benennen, dass sie nicht das linke Feigenblatt für eine Regierung sein wird, die keine Enteignung der Immobilienkonzerne vornehmen wird.